

Gemeinderat lehnt Erschließungsträgerschaft nicht grundsätzlich ab, äußert aber deutliche Vorbehalte

In der Sitzung vom 23. Juli 2026 befasste sich der Gemeinderat mit der Ausschreibung der Erschließungsträgerschaft für das Neubaugebiet „Brühl/Neusatz“ in Rettigheim. Die Verwaltung schlägt vor, die Vergabe im Wege einer beschränkten Ausschreibung vorzunehmen, um das Vorhaben stufenweise voranzubringen und die weiteren Schritte zunächst ohne größere finanzielle Vorleistungen der Gemeinde anzugehen.

Wir von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehen den Vorschlag kritisch. Zwar kann eine Erschließungsträgerschaft kurzfristig die Handlungsfähigkeit der Gemeinde sichern, zugleich verlagert sie das wirtschaftliche Risiko auf den Träger, der auf eigene Rechnung arbeitet. Ob sich das Vorhaben tatsächlich trägt und wie attraktiv das Gebiet für mögliche Träger ist, wird sich erst im Verfahren zeigen.

Besonders wichtig ist aus unserer Sicht die Frage nach den finanziellen Folgen für die Gemeinde. Das Honorar des Erschließungsträgers wird von der Gemeinde getragen, weshalb die tatsächliche Größenordnung der Angebote entscheidend für die weitere Bewertung ist. Auch wenn mit einer Ausschreibung zunächst noch keine abschließende Verpflichtung eingegangen wird, sollte aus Sicht der Fraktion äußerst sorgfältig geprüft werden, ob und in welcher Form das Verfahren weitergeführt wird.

Wir werden das Verfahren weiterhin kritisch begleiten. Der Tenor der Fraktion bleibt insgesamt zurückhaltend bis ablehnend, solange wesentliche Fragen zu Kosten, Bindung und wirtschaftlichem Risiko nicht überzeugend beantwortet sind.

Fortführung des DRK-Integrationsmanagements

Der Gemeinderat hat die Fortführung des DRK-Integrationsmanagements für das Jahr 2027 beschlossen. Im Verbund mit Angelbachtal, Dielheim, Malsch, Rauenberg und Zuzenhausen soll die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz fortgesetzt werden; dafür stehen dem Verbund nach Angaben der Sitzungsvorlage Fördermittel in Höhe von 205.252,23 Euro zur Verfügung.

Die Arbeit des Integrationsmanagements hat sich in allen beteiligten Gemeinden etabliert und ist für die Teilhabe geflüchteter Menschen sowie für das Zusammenleben vor Ort ein wichtiger Baustein geworden. Durch die Erhöhung des Förderrahmens ab 2027 kann der Stellenumfang wieder auf 2,3 Vollzeitäquivalente ausgeweitet werden, nachdem er 2025 aus Kostengründen auf 1,5 reduziert worden war.

Aktuell sind in der Gesamtgemeinde Mühlhausen 177 Personen im Rahmen der kommunalen Anschlussunterbringung gemeldet und dezentral untergebracht. Im Jahr 2025 wurden der Gemeinde 67 Personen zugeteilt, von denen 29 aufgenommen werden konnten; für 2026 werden voraussichtlich 23 weitere Personen erwartet. Um die gesetzliche Aufnahmequote zu erfüllen, muss die Gemeinde weiterhin zusätzlichen Wohnraum bereitstellen.

Der Immobilienbestand umfasst 20 Häuser und 9 Wohnungen. In Mühlhausen befinden sich mehrere Unterkünfte im Ortskern sowie weitere in den Ortsteilen Rettigheim und Tairnbach; die Unterbringung ist damit bewusst dezentral organisiert, um eine gute Integration zu ermöglichen und größere Gemeinschaftsunterkünfte zu vermeiden.

In ihrer Stellungnahme begrüßten wir den Bericht der Mitarbeiterinnen des Integrationsmanagements. Ziel ist es, die erfolgreiche Arbeit künftig noch weiter auszubauen und die betreuten Menschen noch besser zu beraten und zu unterstützen. Zugleich betonte die Fraktion, dass eine positive Darstellung der geleisteten Arbeit und der erzielten Erfolge wichtig sei, um die Akzeptanz für die betroffenen Menschen und ihre Lebenssituation weiter zu stärken. Wünschenswert sei außerdem, dass andere Behörden die Betreuung nicht durch zusätzliche Hürden erschweren.